



Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Wandsbek  
Bezirksversammlung

Az.

Drucksachen-Nr. 18/3372  
02.12.2009

**Anfrage**

gem. § 27 Bezirksverwaltungsgesetz

- öffentlich -

Von Dr. Klaus Fischer (FDP) und Fraktion vom 1.12.2009

Beratungsfolge	am	Top
Bezirksversammlung	10.12.2009	14.4
Bezirksversammlung	21.01.2010	

**Haushaltskonsolidierung**

Sachverhalt/Fragen

Aufgrund der angespannten Haushaltslage arbeiten Senat und Bürgerschaft derzeit an Konzepten zur Haushaltskonsolidierung bzw. Reduzierung des Schuldenzuwachses. In diesem Zusammenhang stehen auch Kürzungen der Ausgaben auf Bezirksebene allgemein sowie auch in Wandsbek zu erwarten. Eine Unterstützung der Sparbemühungen auf Bezirksebene setzt aus Sicht der FDP-Fraktion voraus, dass die Ursachen der aktuellen Haushaltslage auch auf der Ausgabenseite schonungslos analysiert und Maßnahmen zur Erhöhung der Ausgabendisziplin in der Zukunft getroffen werden.

Wir fragen daher die Verwaltung

Die Finanzbehörde beantwortet die Fragen teilweise auf der Grundlage von Auskünften des Personalamtes und des Bezirksamtes Wandsbek wie folgt:

05.01.2010

Vorbemerkung:

Aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise ist für die Freie und Hansestadt Hamburg die Situation eingetreten, dass bis 2013 Steuereinnahmen von rd. 6 Mrd. Euro fehlen werden. Der Senat hat beschlossen, in den Jahren 2010 bis 2013 insgesamt rd. 1,15 Mrd. Euro durch Einnahmeverbesserungen und Einsparungen zu konsolidieren, um den Hamburgischen Haushalt strukturell auf eine sichere Grundlage zu stellen. Dabei hat sich der Senat bewusst dafür entschieden, kein radikales Sparprogramm aufzulegen, um die Einnahmeausfälle zu kompensieren. Stattdessen hat sich der Senat für eine temporäre, abgegrenzte Schuldenaufnahme zur Überbrückung des Konjunkturtals mit der Verpflichtung zur Rückzahlung, wenn die Lage besser wird, ausgesprochen. Nur so werden Spielräume für zukünftige politische Projekte geschaffen.

**1. Welche Gründe waren für die Zunahme des jährlichen Ausgabenniveaus um ca. 2 Mrd. € seit 2004 vor allem verantwortlich (bitte 80% der Ausgabensteigerung mit Beträgen aufschlüsseln)?**

Die Betrachtung der Ausgabenseite eines Haushalts orientiert sich stets an den „Bereinigten Gesamtausgaben“. Im Gegensatz zu den „Gesamtausgaben“ umfassen sie nicht die Zahlungen in den Länderfinanzausgleich, Zuführungen an Rücklagen zur Finanzierung künftiger Haushalte und haushaltstechnische Verrechnungen.

Tatsächlich beläuft sich die Zunahme der Bereinigten Gesamtausgaben von 2004 (Ist: 9.804,8 Mio. Euro) bis 2009 (Fortgeschriebenes Haushaltssoll [1]: 11.003,2 Mio. Euro) auf 1.198,4 Mio. Euro. Sie liegt damit merklich unter den in der Frage angenommenen 2,0 Mrd. Euro jährlich.

Im Vergleich der Jahre 2004 und 2009 entfallen von den o.g. Mehrausgaben (gerundet) rd. 114 Mio. Euro auf die Personalausgaben (Aktivbereich: -13,0 Mio. Euro, Versorgungsbereich: +127), rd. 42 Mio. auf die Zinsausgaben, rd. 522 Mio. auf die Sach- und Fachausgaben insgesamt, davon rd. 186 Mio. Euro auf die Sozialhilfe, rd. 42 Mio. Euro für sonstige gesetzliche Leistungen und rd. 294 Mio. Euro für die übrigen Sach- und Fachausgaben. Rd. 383 Mio. Euro entfallen auf die Investitionsausgaben.

[1] Stand: Anpassung des Haushaltsplans 2009/2010 auf der Grundlage der Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung 2009 – Drucksache 19/3921

**2. Welcher Anteil dieses Ausgabenzuwachses entfällt auf längerfristige Dauerverpflichtungen (bitte nach Art der Verpflichtung, z.B. Anstellungsverträge, Mietverträge etc. aufschlüsseln) ?**

Inwieweit die Ausgabensteigerungen längerfristigen Verpflichtungen unterliegen, kann im Einzelnen nicht festgestellt werden. Grundsätzlich kann jedoch davon ausgegangen werden, dass rd. 75 % der Betriebsausgaben aufgrund von Vorbelastungen (Zinsausgaben) und rechtlichen Rahmenbedingungen (insbesondere Personalausgaben und gesetzliche Leistungen) kurzfristig kaum disponibel sind.

**3. Welcher Anteil dieser Ausgabensteigerung entfiel seit 2004 auf die Bezirke insgesamt sowie auf den Bezirk Wandsbek?**

Von dem unter 1. ausgewiesenen Mehrausgaben in 2009 gegenüber dem Jahr 2004 entfallen rd. 56,8 Mio. Euro auf die Bezirks-Einzelpläne insgesamt und davon wiederum rd. 8,6 Mio. Euro auf den Bezirk Wandsbek. Dies entspricht einem Anteil am Gesamtausgabenzuwachs von 0,7% für die Bezirks-Einzelpläne bzw. 4,7% für den Bezirk Wandsbek .

**4. Wurden den Bezirken bei der Übertragung von Aufgaben im Zuge der Bezirksverwaltungsreform auch die entsprechenden Haushaltsmittel der Fachbehörden 1:1 übertragen? Wenn nein, warum nicht und wie hoch war die Differenz?**

Ja.

**5. Wurden den Bezirken bei der Übertragung von sonstigen Aufgaben in den letzten drei Jahren unabhängig von der Bezirksverwaltungsreform ebenfalls die entsprechenden Haushaltsmittel der Fachbehörden 1:1 übertragen? Wenn nein, warum nicht und wie hoch war die Differenz (bitte entsprechend der jeweils übertragenen Aufgabengebiete einzeln aufschlüsseln)?**

Ja.

**6. Welche Maßnahmen plant der Senat, um die Planungstreue und Kostenwahrheit bei Großprojekten (vgl. Elbphilharmonie) in Zukunft zu verbessern? Ist insbesondere geplant, Amtshaftungstatbestände oder andere Sanktionsmöglichkeiten für die an der Entscheidung über sowie der Vergabe von derartigen Projekten beteiligten Personen einzuführen?**

Siehe Vorbemerkung.

**7. Welche Beträge hat die Stadt Hamburg insgesamt sowie auch der Bezirke Wandsbek in den letzten drei Jahren jeweils für externe Gutachten ausgegeben?**

Siehe Bürgerschaftsdrucksachen 17/4200, 17/4285, 18/6629, 18/6693 und 19/3709.

Bei der Erfassung der für die Beantwortung der Schriftlichen Kleinen Anfragen maßgeblichen Daten wurden sowohl reine Organisationsgutachten als auch Aufträge zur Prozessberatung, Mediation etc. berücksichtigt. Nicht berücksichtigt wurden Ingenieurleistungen, Beratungsleistungen von Rechtsanwälten und Steuerberatern sowie ärztliche Gutachten.

Im Bezirk Wandsbek wurden folgende Beträge ausgegeben:

2007: 297.253,94 Euro

2008: 619.771,02 Euro

2009: 87.201,88 Euro

**8. Gemäß Personalstandsbericht 2009 bewegt sich der Krankenstand bei den Bediensteten der Stadt Hamburg in einer Größenordnung von 7-8% und liegt damit etwa doppelt so hoch wie in der Privatwirtschaft. Welche Maßnahmen sind geplant, um den Krankenstand zu senken?**

Der Senat berichtet im Rahmen des jährlich erscheinenden Personalberichts<sup>[2]</sup> ausführlich über die betriebliche Gesundheitsförderung und die Fehlzeiten in der hamburgischen Verwaltung sowie über die Maßnahmen, die die Behörden und Ämter ergriffen haben, um überdurchschnittliche Fehlzeiten in relevanten Berufsgruppen (mindestens 10% am Personalbestand einer Behörde) zu senken.

Vergleiche der im Personalbericht genannten Zahlen mit den Zahlen in der Privatwirtschaft sind nicht ohne Weiteres möglich sind, da sie einer gänzlich anderen Systematik folgen.

<sup>[2]</sup> Zuletzt in diesem Jahr im Rahmen des Personalberichts 2009 (Bürgerschaftsdrucksache 19/3439)